Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 32 (1938)

Heft: 6

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 24.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rundschau

.

Zur Chronik.

I. Oesterreich. Die alte Landschaftsgliederung Oesterreichs wird aufgehoben und durch eine gleichschaltende Gaueinteilung ersetzt. Es soll nichts von "Oesterreich" mehr übrig bleiben.

Göring erklärt in einer in Linz gehaltenen Rede, daß nun die österreichische

Faulheit aufhören und arbeiten gelernt werden müsse.

Alle Beamten, deren Stellung zum Nationalsozialismus unsicher sei, werden entlassen.

Beamte, die in jüdischen Geschäften kaufen, werden ebenfalls fristlos entlassen. Die katholischen Studentenverbindungen, auch ihre Altherrenverbände, wer-

den aufgelöst. Die haben in Oesterreich nicht wenig bedeutet.

Dem Militär wird streng verboten, noch irgendwie an katholischen Prozessionen usw. teilzunehmen. (Letztes Jahr noch schritt Innitzer in großer Militärbegleitung hinter der Hostie her.) Jede Verbindung mit der Konfession wird abgeschnitten.

Der ehemalige deutsche Gesandtschaftsattaché von Ketteler ist als Leiche aus der Donau gezogen worden. Ohne Zweifel ist er das Opfer eines "Fememordes" geworden. Er ist der Großneffe des berühmten Bischofs von Mainz gewesen, der gegen die Anfänge dieser Entwicklungen so leidenschaftlich gekämpst hat.

Die Staaten, welche Oesterreich im Namen des Völkerbundes Anleihen gemacht, fordern diese zurück oder verlangen Verzinsung. Deutschland weigert sich; es hat lieber das Geld der öfterreichischen Nationalbank und das der Juden

Die Opposition im Lande selbst wächst. Besonders unter den schwer enttäuschten Nationalsozialisten. Diese fordern in Flugblättern immer neu Bürckels Rücktritt. Sie hätten nicht erwartet, als "eroberte Provinz" behandelt zu werden. Bürckel betont die Notwendigkeit, Beamte aus "Altdeutschland" herbeizuziehen. Hitler selbst müsse nach Wien, um zu vermitteln.

II. Die Tschechoslowakei. Henlein war vor dem 21. Mai in London und hatte dort u. a. Besprechungen mit Winston Churchill, Vansittard, Sinclair. Er meldete Ribbentrop den ungünstigen Stand der Dinge. Ueber die kritischen Tage war er nicht in seinem Lande. Später erklärte er gegenüber Ward Price, dem profaschistischen Korrespondenten der "Daily Mail", daß man unter Umständen

Hitler und die Reichswehr zu Hilfe rufen werde.

Der Zwischenfall von Eger, wo zwei sudetendeutsche Velofahrer von einem tschechischen Posten erschossen werden, weil sie nicht Halt machen, wird gewaltig aufgebauscht. Deutsche Militärattachés nehmen an der Beerdigung teil, Hitler schickt einen Kranz. Die Beiden hatten wohl wichtige Botschaften an die Deutschen. - Eine große Geschichte wird auch aus der Konfiskation einer Hakenkreuzfahne bei einem reichsdeutschen Ehepaar gemacht.

Mehr als hundert tschechische Intellektuelle erlassen einen Aufruf, worin sie ihren festen Willen zur Verteidigung der Unabhängigkeit des Landes wie auch

zur Verständigung mit den Minoritäten aussprechen.

Es wird eine neutrale Kommission zur Kontrolle der Lage während der Wahlen erwogen. Inzwischen hält sich der Engländer Strang als "Beobachter" im Namen der englischen Regierung in der Tschechoslowakei, vor allem in den Grenzgebieten, auf.

Der Kardinal Verdier, Erzbischof von Paris, besucht die Tschechossowakei,

wohl auch, um die Katholiken für diese zu beeinflussen.

III. Spanien. Man berechnet die Zahl der im Bürgerkrieg Getöteten auf 480 000. Einige aber auch auf eine Million, jedenfalls die Zahl der Schwerverletzten auf eine Million und ebenso die Zahl der Vertriebenen, dazu auf 50

Milliarden Pesetas die direkten materiellen Verluste.

Es wird von einer Revolte gegen Franco im Süden, an deren Spitze Queipo de Llano stehe, geredet. Er habe erklärt, es wäre besser, Burgos zu erobern als Madrid, und so Spanien von den Italienern und Deutschen zu befreien. - In Pamplona sind Hunderte von gefangenen Phalangisten ausgebrochen und nach Frankreich geflohen.

Der Ministerpräsident Negrin legt Protest gegen das englisch-italienische

Agreement ein.

Die Parteinahme für die Republikaner wächst besonders in England und

den Vereinigten Staaten und findet mannigfaltigen Ausdruck.

Grosse Waffenlieferungen an die Regierung werden bald dem französischen Generalstab, bald - Deutschland zugeschrieben, das Francos Sieg hinausschieben wolle, um das englisch-italienische Agreement zu stören.

Gerüchte über eine Friedensvermittlung durch England verflüchtigen sich.

IV. China. China berust seinen Botschafter in Tokio ab.

Die ganze männliche Bevölkerung wird zur Militärpflicht herangezogen. Die Kämpfe um Sutschau und die Lunghai-Bahn sind für die Chinesen nicht günstig verlaufen. Nun kommen ihnen ungeheure Ueberschwemmungen zu Hilfe. Aber die Zivilbevölkerung?

Die Japaner rücken gegen den Regierungssitz Hankau vor. Auch auf dem Jangtse. Die Vereinigten Staaten und England beanspruchen ihr Recht auf freie

Schiffahrt.

Es seien im ganzen 8500 chinesische Fischer, darunter 1200 Frauen und 500 Kinder, von den Japanern umgebracht worden. (Ob nicht noch viel mehr?)

Zu den mörderischen Bombardements von Kanton bemerkt ein englisches Blatt, daß 40 Prozent des dazu nötigen Petrol (Benzin) von der englischen Gesellschaft Royal Dutch geliefert würden.

Zur Gewinnung der chinesischen Bevölkerung werden auch "geistige" Mittel gebraucht. So das Chin-Hin-Min-Prinzip, das heißt ein sich auf Konfuzius berufendes System, das, gegen die Kuomingtang gerichtet, an die konservativen Gefühle der Chinesen appelliert.

V. Deutschland. Deutschland anerkennt Mandschukuo. (Wohl im Zusammenhang mit dem in "Zur Weltlage" entwickelten Plan.)
Staatssekretär von Bülow (eine wichtige Persönlichkeit) tritt zurück. Man

meint, wegen Differenzen mit Ribbentrop.

Das Bankhaus Warburg in Hamburg, das Hitlers Emporkommen mit ge-waltigen Summen unterstützt und auch den Vierjahresplan Görings gefördert hat, wird nun "arisiert".

England und die Vereinigten Staaten protestieren gegen die angekündigte Beschlagnahme des Vermögens auch ausländischer Juden in "Großdeutschland".

Das Anhören des russischen Senders wird von nun an als "Volksverrat" bestraft.

Das Vorhandensein der Mordorganisation, die bestimmt ist, hitlergegnerische Ausländer abzutun (vorläufig im "Kriegsfall"), wird bestätigt.

Der berühmte "Volkswagen", ein Auto für bloß etwa 1000 Mark, wird los-

gelassen und durch Dumping die ausländische Autofabrikation konkurrenziert. Militärische Zwecke werden auch dahinter stecken.

Ingenieure, Chemiker und andere Techniker werden aus dem Ausland zu-

Es fehle an Nachwuchs für die Lehrerschaft. Eine neue Welle der Judenverfolgung setzt ein.

Auf "entartete Kunst" werden Razzias gemacht; als "entartete Musik" wird auch die von Hindemith und Strawinsky erklärt.

Forels bekanntes Buch über die fexuelle Frage wird verboten. Das wäre nicht

das Schlimmste, wenn daneben nicht — Streicher erlaubt wäre! Göring droht durch die Essener "Nationalzeitung" England mit dem Bau einer Riesenflotte und fährt mit glänzendem militärischem Gefolge nach Kehl, gegenüber Straßburg, zur Inspektion des Brückenkopfes.

VI. Weltpolitisches Allerlei. 1. Außer Europa. Vereinigte Staaten. Die Brüder La Follette versuchen wieder die Gründung einer "Dritten Partei" (neben Republikanern und Demokraten), die möglichst alle radikalen Elemente umfasse.

Man wehrt sich gegen die immer wachsende deutsche Spionage.

An Rußland wird ein Ueberdreadnought geliefert.

Mexiko. Im Zusammenhang mit der Petroleumaffäre bricht in der Provinz
Potosi ein von dem General Cedillo geführter Ausstand gegen die Regierung Cardenas aus, der rasch unterdrückt wird.

Südafrika. Die Regierung siegt glänzend über die nationalistische Partei des Doktor Malin. Aber 6½ Millionen Schwarze bleiben gegen 1½ Millionen Weiße

politisch rechtlos.

2. In Europa. Ungarn. Ein Regierungswechsel bringt ein Kabinett Imrédy. Dieser gelte als große Finanzkapazität. Der Sinn des Wechsels bestehe in einer Rechtsschwenkung, die aber den Rechtsextremisten des Major Szalassi den Wind aus den Segeln nehme und freilich auch die Agrarreform verhindern solle.

Polen. Der Widerstand gegen das Oberstenregime mit dem Wunsch nach Anschluß an die Westmächte und dem Eintreten für die Tschechoslowakei organisiert sich besonders um die Person von Paderewsky und um die Bauernpartei.

Oberst Beck macht einen Besuch in Stockholm, wo Sandler, der sogenannte Sozialist, diesem bösartigen Verstörerer des Weltfriedens seine "große Achtung und Freundschaft" versichert.

Schweden. 30 000 Mitglieder der "Nationalen Union" (entsprechen die wohl unserer "Vaterländischen Vereinigung"?) verlangen den Austritt aus dem Völkerbund.

England. Eine Reihe von Nachwahlen zum Parlament zeitigen Niederlagen der Regierung, fast alle zeigen eine Verminderung ihres Anhangs.

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Kriegsfall wird in Aussicht

genommen. Auch ein Werk Hitlers.

In den Vereinigten Staaten werden 400 (500?) Bombenflugzeuge bestellt. Eden warnt in einer Rede in seinem Wahlkreis stark vor Konzessionen an die Diktatoren.

Frankreich. Es wird ein Generalstab für die Kolonien geschaffen.

Eine Nachwahl für die Kammer in Saintes (Südfrankreich) erregt Aufsehen, weil sich dort die Radikalsozialisten erfolgreich mit der Rechten verbinden, um den sozialistischen Kandidaten zu besiegen.

Charles Maurras, der bekannte und berüchtigte Royalistenführer, der vor kurzem noch wegen Morddrohung gegen Linkspolitiker im Gefängnis gesessen, wird in die Akademie gewählt, zum Beweis der reaktionären Verknöcherung und Verbitterung dieser Rechtskreise.

Holland. In Rotterdam wird ein Führer der ukrainischen Reaktion, Oberst Konovaletzsch, auf der Straße durch eine Höllenmaschine ermordet. Ob durch

Agenten der GPU. oder der Gestapo oder andere bleibt im Dunkel.

Belgien. Eine Regierungsumbildung macht Spaak zum Ministerpräsidenten. Er bekennt nun: "Ich glaube nicht mehr an den Klassenkampf." In Genf, heißt es, sei Spaak sehr beliebt wegen seinen zynischen Bemerkungen über Völkerbund und kollektive Sicherheit.

VII. Völkerbundsfragen. Die von der Judenschaft vor den Völkerbund gelangte Flüchtlingsfrage ist einer Kommission übergeben worden und soll im Herbst dran kommen. Das wäre dringlicher gewesen als Mottas "umfassende Neutralität".

Das Chile des Faschisten und Multimillionärs Edwards ist aus dem Völkerbund ausgetreten, weil dieser nicht den Diktatoren zuliebe Selbstmord üben wollte.

VIII. Friedensbewegung. Vom 15. bis 22. Mai hat eine internationale Friedenswoche ("Tag des guten Willens") stattgefunden, die besonders in den angelfächsischen Ländern, aber zum Teil auch bei uns, gefeiert wurde. In Marseille haben auf einem großen Kongreß Frauen aus aller Welt gegen

Faschismus und Krieg demonstriert.

Der Rat der evangelischen Kirchen Frankreichs hat sich (mit kleiner Mehrheit) für das Verbleiben im RUP. ausgesprochen und hat das Wirken seines Sekretärs Pfarrer Jézéquel in demselben gebilligt.

Lord Cecil spricht sich beim Empfang seines Nobelpreises in Oslo stark für

den Völkerbund aus, nicht ohne scharfe Kritik an den Regierungen.

IX. Wirtschaftliches und Soziales. Ein gewaltiger Streik auf Jamaica scheint einer großen Notlage der Bevölkerung zu entspringen, deren Einkommen sich am Rande des Hungertodes bewegte und die Gegenstand arger Ausbeutung durch die Plantagenherren sei.

Roosevelts Labour Bill zur Regelung der Arbeitszeit und der Löhne ist

durchgegangen.

X. Kirche und Religion. 1. Protestantismus. Der evangelische Oberkirchenrat

von Oesterreich hat beschlossen, daß bei allen nationalen Festtagen auch die Kirchen die Hakenkreuzfahne hissen sollten. Ihr wahres Zeichen!

Der Theologieprofesior Adolf Schlatter, ein Schweizer, vor allem durch seine Wirksamkeit in Tübingen bekannt, ist im höchsten Greisenalter gestorben. Er war als Theologe etwas Außerordentliches, voll Originalität und Lebendigkeit in seiner Vertretung eines "biblischen" und "positiven" Christentums. Seine politischen Sünden muß man übersehen so leid sie einem auch tun Sünden muß man übersehen, so leid sie einem auch tun.

Eine große Sache ist ohne Zweifel die Erinnerung an John Wesley. Man follte von ihm und seinem Bruder Charles, diesen Führern einer der größten Erweckungsbewegungen der Christenheit, die durch das Wort "Methodismus" ganz ungenügend charakterisiert wird, allgemein viel mehr wissen.

2. Katholizismus. In Bayern sollen die Kinder vom 12. Altersjahr an selber

entscheiden, ob sie Religionsunterricht wollen oder nicht.

Die angehenden sudetendeutschen Priester wollen bloß noch von deutschen Bischöfen konsacriert werden.

Am eucharistischen Kongreß in Budapest hat der Kardinal Pacelli gegen den

Nazismus und Kommunismus gesprochen.

In Oesterreich seien 112 000 aus der römischen Kirche ausgetreten, davon 46 000 allein in Wien.

3. Die Grabeskirche Christi in Jerusalem, die schwerlich Christi Grab bezeichnet, sei im Verfall begriffen. Man kann das als Zeichen auffassen.

XI. Natur. Der Mount Everest hat wieder den Angriff einer Expedition abgeschlagen. Bravo, Mount Everest!

15. Juni 1938.

Zur schweizerischen Lage.

Obwohl in den letzten Zeiten, nicht zu meiner Freude, in bezug auf die Schweiz mehr Schlimmes als Gutes zu sagen war, wenn man nämlich bei der Wahrheit bleiben und nicht sich selbst und andere betrügen wollte — was freilich bequemer und populärer ist! - so habe ich doch bei diesen Darstellungen der schweizerischen Lage immer das Gefühl gehabt, es mit etwas Lebendigem zu tun zu haben, für das man hoffen und kämpfen könne - aber was soll man mit einer neutralisierten Schweiz anfangen?

Motta hat also in Genf seine Beute geholt. Wahrscheinlich hat es noch viel Schweiß hinter den Kulissen gekostet. Aber er hatte ja für diese Arbeit, die

den Tod der Schweiz zur Folge hat, die von uns bezahlte Organisation, während die Schweiz, die leben will, schläft - eine gesunde Beschäftigung, aber nicht zu allen Stunden angezeigt. Motta hatte auch das Glück - und Glück hat er ja! neben einem Grimm, Meierhans und Huber in Bern und Basel auch in Genf einen Sozialistenführer zu haben, der seine Geschäfte willig besorgte. Es war eine Stunde tiesster Erniedrigung der Schweiz, als sie in Gestalt ihres Vertreters dieses todbringende Geschenk empfing, von dem sie sich einredet, es sei lebenbringend. Das haben die anderen Völker gefühlt. Allerlei scheinbare Zustimmung darf uns darüber nicht täuschen. Wir haben anderwärts ehrliche Stimmen der Ablehnung gebracht, die leicht vermehrt werden könnten. Ehrlich gefreut haben sich bloß die Diktatoren und ihre Gesinnungsverwandten; sie wußten warum. Die anderen haben, wo sie uns nicht einfach verachteten, eher einen gewissen Neid über den Vorzug empfunden, den wir beanspruchten: Mitglieder des Völkerbundes zu sein und seine Vorteile zu genießen, ohne etwas für ihn zu leisten. Das Gerede über unsere "besondere Lage" hat seit langem in Genf nur ein sarkastisches Lächeln erregt und die seierliche Versicherung unserer trotzdem vorhandenen heißen Liebe zum Völkerbund ist nicht weniger als das empfunden worden, was es ist.

Solche Stunden der Erniedrigung und Schmach, Stunden, wo die Todesschatten sich auf ein Volk zu legen scheinen, können in seiner Geschichte vorkommen und können vorgunden worden worden.

men und können verwunden werden, wenn das Volk weiß, daß es Schmach, Erniedrigung und Todesgefahr ist. Aber sehr bedenklich, ja tödlich müssen sie werden, wenn man tut, als ob tiefste Schmach höchste Ehre wäre und als ob man sich nicht genug darüber freuen könnte, daß man etwas, dessen man sich schämen

müßte bis ins Innerste, glücklich durchgesetzt habe.

Das aber scheint, auf der Obersläche wenigstens, unser Fall zu sein. Ein Nachspiel des Genfer Schauspiels unserer Erniedrigung war die große "Wehrtagung" in Colombier. Dort erschien Motta, zeigte triumphierend seine Beute und wurde als eine Art Retter der Schweiz, so eine Art moderner Winkelried gefeiert. Und es wiederholte sich, was wir nun auch von anderswoher gut kennen: Es war in Genf richtig ein "Wunder" geschehen. Wo Motta und seine Organe Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt hatten, da hatte die "Vorsehung" gewaltet. Katholische und protestantische Feldprediger sind auch dabei gestanden und haben ihren Wunderglauben dazu gelegt. Das Schönste aber war, daß Motta, nachdem er noch andere Lehren aus diesem "Wunder" in Genf gezogen, den Satz sprach: "Die dritte Lehre ist die des Mutes." Ausgerechnet des Mutes!!

Gegenüber einer solchen traurigen und dem Gericht rufenden Verkehrung der Wahrheit in das Gegenteil ist es erquickend, wenn sogar im "Journal de Genève" (Nr. 104), freilich nur in seiner "Tribune libre", ein unpolitischer Mann wie Professor Eduard Claparède auftritt und folgendes erklärt: "Sollte es wirklich so sein, daß wir unter der Bedrohung durch die brutale Gewalt gezwungen wären, unsere Empörung zu verschweigen und unseren Glauben an die Richtigkeit der Prinzipien, die wir bisher verherrlicht haben, abzusagen, dann wären wir für dieses Verschweigen und diese Absage zu entschuldigen. Aber dann wollen wir wenigstens ehrlich sein, dann wollen wir anerkennen, daß wir kapitulieren, daß wir unsere Ideale einer verhaßten Wirklichkeit opfern. Und vor allem wollen wir nicht unsere Niederlage durch trügerische Maskierung verhüllen. Wenn die moralische Neutralität uns aufgezwungen ist, sei es denn! Demütigen wir uns! Aber ums Himmels willen feiert sie nicht gar mit Triumphgesängen, macht doch nicht aus dieser moralischen Neutralität, welche eine contradictio in adjecto ist, ein neues sacro-sanktes Prinzip. Dagegen hat sich der verstorbene Professor an unserer Rechtsfakultät, Alfred Martin, kategorisch erhoben, als man Anno 1914, beim Beginn des Krieges, diese traurige Sorte von Neutralität zu preisen begann. Ich schließe, indem ich mir erlaube, seine lapidaren Worte zu zitieren, die es verdienen, in alle Seelen eingeschrieben zu werden: "Die moralische Neutralität ist nichts anderes als eine Verneinung der Moral. Neutral, das heißt gleichgültig gegen Gut und Böse zu sein, steht im Widerspruch mit dem Wesen der Moral selbst."

Es gibt auch sonst noch Symptome, daß die andere Schweiz noch nicht tot ist. Unsere im Zeichen des RUP. stattsindenden Versammlungen in Zürich, Winterthur und Frauenfeld gegen den Neutralitätstod und für eine lebendige Schweiz im Völkerbund waren sehr gut besucht und von der wärmsten Stimmung getragen. Sicher wäre es anderwärts ebenso gewesen, wenn man die Energie gehabt hätte, solche Versammlungen zu veranstalten.¹) Denn von selber wird der Tod, den Motta und seine Helser über die Schweiz gebracht, nicht weichen. Es wird dafür einer wahren Auferstehung bedürfen, einer Erhebung und Wiedergeburt der Schweiz, und diese wird nicht ohne Kamps, Mühsal, Leiden und Opfer geschehen können. Wenn wir noch eine Jugend haben, die in einer lebendigen Schweiz leben will, die eine Schweiz will, welcher Sinn und Inhalt eignet und die nicht bloß ein Schauplatz für Fußballspiel und Flirt, Geldverdienen und Karrieremachen ist,

dann muß sie ans Werk. Sofort, bevor es zu spät ist! Und es gibt eine.

Zu den wirksamsten Helfern Mottas haben einige sozialdemokratische ("sozialistische") sogenannte Führer gehört, denen es durch ihre Pressediktatur und überhaupt Apparatdiktatur auf der einen, die geistige Trägheit der Arbeitermasse und die Charakterlosigkeit andersdenkender "Führer" auf der anderen Seite gelungen ist, die Mehrheit der Partei zu gewinnen. Auf dem Parteitag in Basel wurde diesem edlen Tun das Siegel ausgedrückt. Der Hauptresernt, Nationalrat Meierhans, Redaktor des "Volksrechts", neben Grimm und als dessen Organ ein Hauptmacher in dieser Angelegenheit (der gleiche, der Arm in Arm mit Oberst Wille das Jahrhundert in die Schranken forderte), erlaubte sich den Spaß, sich und seine Gesinnungsgenossen als diesenigen hinzustellen, die dem "Verstand" gehorchten, während sich die anderen vom "Gesühls" leiten ließen, und bezeichnete nachher den Parteitag als einen "der ruhigen Vernunst". Das Gelindeste, was man von ihm sagen kann, ist, daß es ein "Parteitag der kurzsichtigsten Unvernunst" und einer des charakterlosesten Abfalls von allem Sozialismus war. Ich habe schon anderwärts darauf hingewiesen, daß in dem Augenblick, als in Basel sogenannte Sozialisten sich gegen eine kollektive Ordnung des Völkerlebens zugunsten des kapitalistischen Manchestertums aussprachen ("Jeder für sich, Gott für Alle!"), gerade diese kollektive Ordnung einen gewaltigen und entscheidenden Sieg errungen hatte. In Basel verhöhnten sogenannte Sozialismus bis auf diesen Tag als Utopie und Traum verhöhnten sogenannte Sozialismus bis auf diesen Tag als Utopie und Traum verhöhnten sogenannte Sozialismus! Aber diese Leute glauben ja auch nicht an den Sozialismus! Grimm hat das ja in einem Anfall von Ehrlichkeit (allerdings einer spekulativen Ehrlichkeit) offen erklärt, und in Basel bewies das die ganze Debatte über die innere Politik, in der man mühsam den Bankrott der ganzen, aus dem Unglauben an den Sozialismus entsprungenen "Politik der Mitte" verhüllte.

Um aber zur Neutralität zurückzukehren, so hat Meierhans sich auch den Satz geleistet: "Die Sozialdemokratie war von Anfang an gegen den Völkerbund und für die absolute Neutralität!" Dazu ist folgendes zu sagen: Die sozialdemokratische Internationale war von Anfang an bis auf diesen Tag fest und begeistert für den Völkerbund, die schweizerische Partei aber war einst dagegen, weil sie damals vom bolschewistischen Rausch erfüllt war. Aus Unvernunst! Meierhans selbst war damals, wenn ich nicht irre, dafür. Aber sein jetziger Meister Robert Grimm hat in jener ganzen Zeit, wie auch später, stets gezeigt, daß er zwar ein geschickter Demagoge ist (und daneben ein tüchtiger Verwaltungsmann), aber ohne eine Spur von wirklicher Voraussicht des Kommenden. Und diese "ruhige", an Regierungs- und Bundesratssesse gebundene Vernunst hat in Basel gesiegt.

¹⁾ Ich erlaube mir auch, auf den neuen Rundbrief des Escherbundes hinzuweisen, worin unser Freund Rudolf Schümperli auf ausgezeichnete Art mit dem ganzen Problem der Schweiz auch das der Neutralität behandelt. Er ist zu beziehen in der "Pazisistischen Bücherstube", Gartenhofstr. 7, Zürich.

Es gab auch in Basel Opposition. Sie wurde aufs trefflichste und wirksamste durch unseren Freund Doktor Kramer, den Redaktor der St. Galler "Volksstimme", vertreten. Aber der Apparat hatte auch hier dafür gesorgt, daß die Opposition nicht aufkam. Er nahm für sich drei Referenten und drei Stunden in Anspruch, ließ aber den Rednern der Opposition nur je sieben Minuten Zeit, schränkte auch ihre Anzahl ein und mißbrauchte das Schlußwort durch miserable, den französischen Cagoulards und englischen Diehards abgelauschte Demagogie. Auch ist die Wahl der Delegierten schon stark durch den Apparat beeinflußt, der dazu selbst gegen fünfzig Stimmen liefert. So sieht, nebenbei bemerkt, die "Demokratie" aus, mit der man nun in diesen Kreisen solch einen Kultus treibt. Unter diesen Umständen war die Zahl von neunzig Stimmen gegen den Antrag des Parteivorstandes schon ein rechter Erfolg. Dieser wäre ohne Zweisel noch ungleich größer gewesen, wenn nicht ein Mann, der einst Besseres bedeutete, eine traurige Rolle gespielt hätte, nämlich Paul Graber, der einstige Führer der welschen Sozialisten, der Freund von Charles Naine. Anstatt, wie es wohl seine innerste Ueberzeugung gefordert hätte, an der Spitze der Opposition zu stehen und damit die große Mehrheit der Welschen, nebst vielen deutschschweizerischen Genossen, mitzureißen, wählte er das wirksamste und perfideste Mittel, um dem Parteivorstand zum Siege zu verhelfen: er "verbesserte" durch ein Amendement dessen Vorschlag so, daß er auch einem Teil der Opposition annehmbar erschien. Am Sinn der Entscheidung hat sich dadurch natürlich nichts geändert, es wurde ihr nur ein diesen Sinn verhüllendes Mäntelchen umgeworfen. O Charles Naine, wenn du noch lebtest! Man erkennt an diesem Beispiel, was es bedeutet, ob ein Mann da ist, oder zu frühe gehen mußte.

Einen ärgeren Hohn kann man sich nicht denken, als daß der Parteitag zuletzt die Internationale sang. Fast wie wenn gewisse "Christen" etwa singen:

"Ein feste Burg."¹)
Inzwischen hat sich die Herrlichkeit der Neutralität wunderbar entfaltet,

nach verschiedenen Richtungen.

Da ist einmal Motta selbst. Er hat an der Locarner Gewerbeausstellung erklärt: "Es wäre dem Grundsatz der Neutralität nicht gemäß, daß der neutrale Staat zwar mit allen Ländern, und namentlich mit den Nachbarn, korrekte Beziehungen unterhielte, jedoch eine besondere Neigung für das eine oder andere zeigte." Solche Neigungen behält er sich selbst vor: für Franco-Spanien und Mussolini-Italien, gegen Volksfront-Frankreich und Sowjet-Russland. Ihn hindert diese Neutralität nicht, einen von der selbstverständlich faschistischen "Squilla Italica" aufgeführten Film zu besuchen, der Hitlers Italienfahrt verherrlicht, und begeistert Beifall zu klatschen. Die übrigen Schweizer aber sollen auch in bezug auf ihre privaten Sympathien und Antipathien neutralisiert werden.

Das Gleiche verlangen die Diktatoren. Sie legen die Neutralität so aus, daß bei uns kein offenes Wort gegen ihr Regime mehr gesagt werden dürfe. Ja, sie gehen so weit, sogar die Tatsache, dass der Völkerbund weiterhin seinen Sitz bei uns habe, als eine Verletzung der Neutralität zu bezeichnen. Um die Schweiz desto sicherer auf dieses Geleise zu bringen, stellt man schlau die Weichen. Die "Frankfurter Zeitung", die man für solche Zwecke bestehen läßt, muß einen Artikel schreiben, worin wieder versichert wird, daß niemand in Deutschland daran denke, die Selbständigkeit der Schweiz, deren Existenz eine Notwendigkeit sei, anzutasten.

Und der Bundesrat geht nur zu leicht auf dieses gewünschte Geleise. Um

¹⁾ Der Parteitag hat sich im übrigen für das eidgenössische Strafgesetz ausgesprochen. Die Lex Häberlin — Eier darin genieren so loyale Leute ja nicht. Er hat verlangt, daß faschistische Offiziere aus dem Heer ausgeschlossen würden. Als ob die Kaltstellung von ein paar Lieutenants an der Sachlage: der Gesinnung unserer militärischen und politischen "Führung" etwas änderte! Er hat auch eine Geste für die Tschechoslowakei gemacht. Aber was für eine matte, nichtssagende! Er konnte ja auch bei seiner "umfassenden Neutralität" nicht mehr sagen.

gerade das neueste Beispiel zu nennen, das unglaublich ist: da schreibt ein ehemaliger Nationalsozialist, Hans Vonwil, der das Nazitum gründlich kennen gelernt hat, ein Buch mit dem Titel "Ein Schweizer erlebt Deutschland", worin auch aus intimstem Wissen berichtet wird, was das Hitlertum über die Schweiz denkt und in bezug auf sie plant. Nichts kann für unsere Rettung wichtiger sein, als solches zu wissen. Aber das geht gegen die Neutralität. Flugs erklärt der Bundesrat dem Europa-Verlag, er tue gut, das Buch für die Schweiz aus dem Handel zurückzuziehen, und der Verlag geht darauf ein, um, wie er erklärt, wenigstens die Verbreitung für das Ausland nicht zu verlieren. Der neutralisserte Schweizer aber darf es nicht lesen. Stellen wir klipp und klar fest: Hitler regiert

schon weitgehend die Schweiz.

Inzwischen sließt die deutsche Propaganda in Strömen durch die Schweiz, diese wie Hochwasser überflutend. Sie wird mit nationalsozialistischen Stützpunkten (es gibt aber auch italienisch-faschistische!) völlig überzogen. Schon tauchen auch S. S.-Leute in Halbuniform auf, bald werden sie in ganzer erscheinen. Naziliteratur aller Art überschwemmt uns. Das Nazihetzblatt "Der Deutsche in der Schweiz" erscheint ruhig weiter. Es verherrlicht ungestört den politischen Mord im Interesse des Dritten Reiches. Ebenso das, wie behauptet wird, von Musy unterstützte "Schweizervolk", das schweizerisch maskiert ist. Ein deutsches Unterrichtsmittel, "Volkstumskarte" genannt, worin die bekannte These vertreten wird, daß alle Deutschsprechenden auch ins "großdeutsche" Reich müßten und die Schweiz ein "Deutscher Staat" heißt, wird zwar "aus dem Verkehr zurückgezogen", aber die Sache selbstverständlich weiter geübt. Auf diese Tatsachen weist besonders die ausgezeichnete "linkskatholische" Zeitschrift "Die Entscheidung" unermüdlich und auf eine Weise hin, die Aufsehen erregt. Aber was geschieht? Wie nun im Nationalrat Humbert-Droz und Bodenmann darauf hinweisen, da antwortet Motta, er erblicke in all diesen Dingen keine Gefahr. Wir seien dafür zu gute Demokraten. (Namentlich er selbst!) Die deutsche und italienische "Kolonie" in unserem Lande dürsten solche Organe so gut haben wie andere. (Wo haben die andern folche Organe?) Bundesrat Baumann aber setzt sich auf ein sehr hochbeiniges Roß und erklärt, mit Kommunisten verhandle er nicht über die Unabhängigkeit der Schweiz. Wo blieben übrigens die

Der Schreibende erwartet seinerseits wenig von Verboten; aber der Geist,

der aus diesem Bundesrat spricht, der ist eine schwere Gefahr.

Aber nun das Paradoxe: Während der deutschen Pressepropaganda vollständig freier Lauf gelassen wird, tut man immer neue Schritte zur Einschränkung und Knebelung der freien schweizerischen Literatur. Die Leser erinnern sich jenes vor zwei Jahren erschienenen Ukas, worin auf eine ebenso gemeine wie perside Art "antimilitaristische" Literatur mit "religionsseindlicher, kommunistischer und anarchistischer" zusammengestellt und deren Einfuhr verboten wurde. Nun hat er diesen Ukas und damit das Polizeinetz erweitert. Es heißt nun:

"Art. 1. Die Bundesanwaltschaft wird in Verbindung mit den eidgenössischen Zoll- und Postbehörden beauftragt, aus dem Auslande eingeführtes kommunistisches, anarchistisches, antimilitaristisches, religionsseindliches und anderes Propagandamaterial, das geeignet ist, die innere und äußere Sicherheit der Eidgenossenschaft, insbesondere die Unabhängigkeit und die Neutralität des Landes, die demokratischen Einrichtungen oder die Interessen der Landesverteidigung zu gefährden,

zu beschlagnahmen. Ueber die Einziehung entscheidet der Bundesrat.

Art. 2. Die Bestimmung des Art. 1 findet auch Anwendung auf Propaganda-

material der erwähnten Art, das in der Schweiz hergestellt wird."

Dieses "andere" Propagandamaterial ist natürlich das, welches den Herren Baumann-Motta-Stämpsli nicht paßt. Das wird zwar ein wenig maskiert. Man tut, als ob damit auch Naziliteratur getroffen sei. Aber schon der Fall Vonwil zeigt, wie es gemeint ist. Und sobald man die Macht dafür zu haben meint, werden andere Erläuterungen folgen.

So kommen wir wieder auf das alte, langweilige Thema: daß man in dem

Augenblick, wo "Landesverteidigung" das dritte Wort wird, die zu verteidigende Schweiz auf alle Art preisgibt, bis nichts mehr zu verteidigen ist und auch niemand mehr da ist, der eine solche Schweiz bis auf den Tod verteidigen möchte. In Schaffhausen wird die "Arbeiterzeitung" gemaßregelt, weil sie davon geredet, daß die "braune Bestie zum Sprung auf die Tschechossowakei ansetze" und von "nationalsozialistischen Weltbrandstistern" dazu. Im Zürcher "Tagblatt", einem antlichen Organ, beanstandet man uns den Titel eines Vortrags: "Die Katastrophe Oesterreichs", nimmt aber nationalsozialistische Inserate bereitwillig auf. Man gewährt, wie neuerdings enthüllt worden ist, einem so ausgesprochenen Parteigebilde wie die "Vaterländische Vereinigung" ist, einen Bundesbeitrag und Einblick ins Generalstabsdossier. Am freisinnigen (!!) Parteitag in Bern wimmelt es nur so von Forderungen einer neuen "Disziplin" und "Ordnung". An die Spitze der militärischen Landesverteidigung aber sollen Männer wie Wille und Guisan kommen — Männer, deren privaten Charakter ich nicht antasten will, die sich aber als Verteidiger der Demokratie seltsam ausnehmen. Was bedeutet demgegenüber die Entsfernung des nazistischen Hauptmanns Erwin Müller aus dem Grenzdienst? Dabei schreitet die Militarisserung überhaupt mit Riesenschritten vorwärts. Von den 400 Millionen, die man großartig als Mittel zur Arbeitsbeschaffung hingestellt, werden zwei Drittel für militärische Zwecke benutzt. In dem großen Wassenschalen zwei Drittel für militärische Zwecke benutzt. Und dem großen Wassenschandelt und die Cagoulards geliefert werden — nur nicht für Volksfront-Spanien. Dabei wird das Finanzproblem in einem Geiste des engsten Besitzbürgertums behandelt und die Sanierung der Bundesbahnen verschleppt. Und die ganze Versöhnungskampagne hat sich als das enthüllt, was sie immer war: als durch und durch unehrlich!

Aber - Heil uns! - wir haben die Deutschen im Fußballmatch in Paris

besiegt!

Nun aber soll etwas kommen, was vieles gut macht, eine Tat, eine Leistung: das neue Strafrecht. In diesem Sinne wird dafür eine gewaltige Propaganda gemacht, während der "Föderalismus" (der kürzlich in Lausanne eine große Heerschau hielt) sich dagegen wendet.

Was ist davon zu halten? Ich möchte betonen, daß das, was nun folgt, meine

rein persönliche Auffassung ist, was sich übrigens von selbst versteht.

Ich bin gegen dieses eidgenössische Strafrecht. Warum? Etwa aus Föderalismus? Ich bin Föderalist "bis auf die Knochen", allerdings Geist vorausgesetzt. Aber das würde mich so wenig abhalten, für ein eidgenössisches Strafrecht zu sein, als es mich davon abhält, mich des eidgenössischen Zivilrechtes zu freuen. Auch verkenne ich gar nicht, daß der Strafrechtsentwurf allerlei Gutes enthält. Nur die Originalität des Zivilrechtes finde ich keineswegs darin und glaube nicht, daß es sich um ein Werk handle, das für ein wirkliches Schweizertum Bedeutung habe. Aber auch das würde mich nicht abhalten, dafür zu stimmen, wenn auch ohne Elan.

Nein, das alles ist es nicht, was mich zum Gegner macht, trotz einer teilweise schlechten Gesellschaft dafür. Es sind vielmehr die Lex-Häberlin-Eier, die man in das Gesetz hineingelegt hat.

Es handelt sich um folgende Bestimmungen:

- 1. "Wer öffentlich zum Ungehorsam gegen militärische Befehle, zur Dienstverletzung, zur Dienstverweigerung oder zum Ausreißen auffordert, wer einen Dienstpflichtigen zu einer solchen Tat verleitet, wird mit Gefängnis bestrast." (Art. 276, 1.)
 - 2. "Wer einen fremden Staat in der Person seines Oberhauptes, seines diplo-

¹⁾ Bei dieser Hochkonjunktur des Militarismus mutet es merkwürdig an, daß das nun dem Nationalrat vorgelegte Luftschutzgesetz wegen allzu liederlicher Fassung mit großer Mehrheit an den Bundesrat zurückgewiesen wurde. Hier hat wohl die Volksstimmung gewirkt.

matischen Vertreters oder in seiner Regierung öffentlich beleidigt, wird mit Gefängnis oder mit Buse bestraft." (Art. 296.)

Man wird mich fragen: "Aber versteht sich die erste dieser Bestimmungen nicht von selbst? Hast du denn nicht immer behauptet, du habest nie jemanden

zur Dienstverweigerung verleitet?"

Ich antworte: Sicherlich. Bei einer loyalen Rechtsprechung wäre gegen eine solche Bestimmung nichts einzuwenden. Aber so wie heute die Dinge liegen, ist da nicht zu befürchten, daß mit dieser Bestimmung, etwa wie im Falle Mühlestein, alle diejenigen getroffen werden sollen, von denen man behaupten kann, ihr Wirken "sei geeignet, zur Dienstverweigerung zu verleiten"? Und wäre das nicht ein Netz, in das man jeden Antimilitaristen fangen könnte?

Noch klarer ist die Gefahr der anderen Bestimmung. Was heißt "beleidigen"? "Beschimpfen" wäre ein einigermaßen klarer und legitimer Begriff. Aber "beleidigen"! Man denke an die Empfindlichkeit der Diktatoren! Jede, aber auch jede Kritik eines solchen kann durch diese Bestimmung kriminell werden.

Darum: Nein!

Aber man wird mir zum Schlusse einwenden: "Willst du denn wegen einigen solchen Nebensachen all das Gute, welches das neue Rechtsbuch bringt, preis-

geben? Ist das nicht fanatischer Doktrinarismus?"

Ich antworte: Jenes Gute läßt sich auf andere Weise verwirklichen, aber solche Bestimmungen, einmal im Gesetzbuch, sind nicht leicht wieder herauszubringen. An dieser Stelle aber droht jetzt die Gesahr. Jetzt muß diese abgewehrt werden, überall, unerbittlich. Das ist weder Fanatismus noch Doktrinarismus, sondern das Gegenteil davon: ein Rechnen mit der Lage und der Stunde gegen Prinzipienreiterei.

Darum: Mögen andere anders stehen und stimmen, ich stimme für kein Gesetz mit Lex-Häberlin-Eiern (mögen auch solche anderwärts ebenfalls liegen), ich stimme für kein Gesetz, das Artikel enthält, welche Fallstricke für das freie Wort

bedeuten.

16. Juni 1938.

Werner Zimmermann und der Nationalsozialismus.

Werner Zimmermann hat mir auf die einer Reihe von Berichten entnommene Mitteilung hin, er habe sich zum Nationalsozialismus bekannt, die folgende Erklärung geschickt, die er auch an seine Freunde gerichtet hat:

Liebe Freunde,

"Zürich, 12. Mai 1938.

Ihr habt irgendwie angefragt wegen der Angriffe auf mich durch die sozialistische Presse "WZ als Nazi-Propagandist", die in der "Arbeiterzeitung" Winterthur, dem "Volksrecht" Zürich und der "Tagwacht" Bern erschienen waren als Besprechung meines Vortrages über Oesterreich. Ich schickte diesen drei Zeitungen folgende berichtigende Ergänzung, legte Antwortmarken bei, erhielt jedoch nie eine Antwort. Das zeigt die Art unserer "Demokratie". Ich stellte fest:

1. Die Diskussionsrednerin in Winterthur, die zum Teil gegen mich sprach, stellte sest, daß sie an Vorträgen im Februar 1934 in Wien hörte, wie ich nach den blutigen Kämpfen öffentlich mich für die roten Kämpfer und gegen deren harte Verurteilung einsetzte. Ich tat es um der Wahrheit und Gerechtigkeit willen, am gefährlichen Orte selber. Marxistischer Sozialist bin ich nie gewesen.

2. Entsprechend erwähnte ich, daß ich dem Nationalsozialismus nicht kritiklos gegenüberstehe, daß ich die Kritik jedoch, wie damals in Wien, an Ort und Stelle vorbringe, so z. B. mehrmals an hohen führenden Stellen in München

und Berlin.

3. Ebenso habe ich in der Schweiz, und besonders als Schweizer, wieder meine Kritik an Ort und Stelle anzubringen, was ich auch getan habe, jedoch nicht, ohne positiv auf neue Möglichkeiten und Notwendigkeiten hinzuweisen. (Dieser Teil kam in Winterthur zu kurz.)

4. Alles hat Licht und Schatten, auch der Nationalsozialismus. In der Schweiz werden einseitig nur die Schatten gesehen und vielerorts in einem gehässig-unsachlichen Ton besprochen. Dieser Ton und diese Einseitigkeit verstärken die Spannungen und erhöhen die Gefahren für die Schweiz und unsere Freiheit. Daher versuchte ich, auch in einer gewissen und offen zugegebenen Einseitigkeit, positive Seiten in ihrem Kern zu erklären, um sie auch für unser Volk nutzbar machen zu helsen. Das dient uns mehr als bloße negative Kritik, und diese Haltung sollten wir zu allem Geschehen einnehmen.

5. Helfen kann uns nur die Tat wirtschaftlich-sozialer Befreiung. Dazu sind alle gutwilligen Menschen und Kreise der Schweiz zu vereinen und ihre Kräfte in positiven Aufbau zu lenken. Der Vortrag wollte den Ernst der Stunde zeigen

und diesem Ziele dienen.

Der Vortrag in Winterthur war der erste und hatte mancherlei Mängel. Ich hatte auch Freunde mitgenommen als scharfe Kritiker und konnte bei den nächsten Vorträgen das Wesentliche klarer herausarbeiten. So mußten mir in St. Gallen, Zürich und Bern auch Freiwirtschafter, die teils persönliche Gegner von mir sind, beipslichten und hatten in der Hauptsache nur zu ergänzen. In Zürich drückte mir nach meiner Antwort der Redner der Sozialisten, der mich zuerst sehr scharf angriff, die Hand.

Die meisten Hörer haben mich richtig verstanden. Es ist schwer, doch um so nötiger, gerade in heiklen und leidenschaftlich bewegten Fragen zu versuchen, den Boden der Sachlichkeit zu halten oder zu gewinnen. Ich habe meine Pflicht

erfüllt und werde es weiter tun. Der Ernst der Zeit erfordert es.

Werner Zimmermann."

Zu dieser Erklärung möchte ich nur kurz eines bemerken:

Es gibt ein einfaches Mittel, festzustellen, wie Werner Zimmermann zum Nationalsozialismus steht: Wenn er in "Großdeutschland" wirken darf, wie er bisher wirken durste, so gehört er zu ihm. Hierin gibt es nur Für und Wider. Der Nationalsozialismus läßt in Deutschland auf die Art Zimmermanns keinen Schweizer wirken, den er nicht zu seinen Anhängern rechnet.

Warten wir also ab!

D. Red.

Von der Gemeinde der Verewigten.

In dem kürzlich von uns gegangenen Pfarrer Bernhard Guidon zu Scharans in Graubünden verlieren auch die "Neuen Wege" einen alten, treuen Leser — einen aufmerksamen, nachdenklichen, selbständigen, manchmal wohl auch kritischen. Und übrigens der Schreibende auch einen Freund von Jugendtagen her, der seine Freundschaft auf mannigfache Weise durch außerordentliche und zu tieser

Dankbarkeit verpflichtende Dienstleistung bewährt hat.

Bernhard Guidon, der bündnerische Bauernsohn und Bauernpfarrer (aus rhätoromanischem Stamm), hat seine Zugehörigkeit zu unserer gemeinsamen Sache natürlich nicht speziell durch das Einstehen für die Arbeiterschast beweisen können. Dafür aber hat er die Sache der Bauernschast tief und liebevoll verstanden, und es ist ja sehr gut, daß wir auch solche unter uns hatten und haben. Das Wort von der "Bauernkultur", über die er uns einst einen prachtvollen Vortrag gehalten, haben nur wenige so tief verstanden und ernst gemeint wie er. Im übrigen hat ihn an unserer Botschast besonders das gesesselt, was sie von der unmittelbaren Wirkung des Reiches Gottes auf das Leben enthält. Darum hat er sein Leben lang den Alkohol bekämpst. Darum hat er auf seine Art alle Lebensresorm vertreten. Darum hat er neben Blumhardt vor allem auch Tolstoi zum menschlichen Meister gehabt. Darum ist er auch Antimilitarist gewesen und hat als Vierundsiebzigjähriger noch im letzten Jahre seinen künstigen Schwiegersohn hier in Zürich vor dem Militärgericht verteidigt. Darum hat er sich im tiessten Sinne liebevoll der Natur hingegeben, hat, auch als Pfarrer, selber die Erde gepslügt und bepslanzt und daneben selber zum Studium des Himmels ein Teleskop geschaffen.